

DEN MITTELSTAND STÄRKEN

Die wirtschaftlichen Ziele der FPÖ: HC Strache fordert umfassende Entbürokratisierung, sofortige Steuerreform und eine Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe.



FPÖ-Wirtschaftssprecher
Bernhard Themessel

ED: Was will die FPÖ bei der Wahl erreichen, eine Regierungsbeteiligung oder einfach möglichst viele Stimmen?

STRACHE: Grundsätzlich streben wir, um unsere Vorstellungen realisieren zu können, eine Regierungsbeteiligung an. Voraussetzung für eine Regierungsbeteiligung ist natürlich, dass wir stärker werden. Im Moment stehen wir bei 11 Prozent, unser Ziel ist 15+.

ED: Wir haben eine angespannte Wirtschaftslage. Was hat die FPÖ anzubieten, um sie zu verbessern?

STRACHE: Die Wirtschaftslage war in den Jahren 2005/6/7 sehr gut. Die Regierung hat nichts daraus gemacht. Wir haben damals schon verlangt, dass man nach der Senkung der Kör-

perschaftssteuer von 2004 auf 2005 ein Jahr später eine grundsätzliche Steuerreform hätte vorziehen sollen. Das hätte der Wirtschaft einen zusätzlichen Aufschwung verschafft, das hat man aber nicht gemacht. Tatsache ist, dass in den Jahren 2006 und 2007 9,5 Milliarden mehr Steuern eingenommen wurden als im Budget vorausgesehen. Auch damit wurde nichts gemacht. Die Inflation, die wir heute haben, ist großteils hausgemacht, das sagen auch alle Wirtschaftsexperten. Es hat angefangen mit der Erhöhung der Mineralölsteuer. Unser Wirtschaftssprecher Bernhard Themessel hat damals in mehreren Wortmeldungen im Parlament ausdrücklich vor den Folgen gewarnt. Zwei Monate später sind alle Artikel des täglichen Bedarfs preislich teilweise drastisch angestiegen. Das war alles kontraproduktiv zu den Prognosen der Wirtschaftsforscher. Denn man hat ja bereits 2006 gewusst, dass sich die Wirtschaft 2008 abschwächen wird, und in weiterer Folge 2009, 2010 eher stagnieren wird. Trotzdem hat man nicht gegengesteuert. Ich frage mich, wie alle selbst ernannten Experten in der Regierung darauf kommen, dass eine Steuerreform nur dann finanzierbar ist, wenn man von irgendwoher 3 Milliarden Euro kriegt. Wer sagt dann, dass eine Steuersenkung mit einem Verlust an Steuereinnahmen verbunden ist? Gegenbeispiel: 2004 war die Körperschaftsteuer 34 Prozent und wurde dann auf das Jahr 2005 auf 25 Prozent abgesenkt. Mit dem Effekt, dass wir heute um 1,3 Milliarden Steuereinnahmen mehr durch die KÖST haben, als wir noch

2004 hatten. Man kann Wirtschaftspolitik nicht mathematisch erfassen. Ich sage Ihnen, wenn wir die Steuerreform auf 2008 vorgezogen hätten – und es wäre immer noch möglich, sie auf 2009 vorzuziehen –, dass die Einnahmen nicht sinken würden, weil dann die Schwarzarbeit eingedämmt würde. Heute sind die Klein- und Mittelbetriebe ja fast gezwungen, gewisse Arbeiten schwarz zu machen, weil sie sonst keine Überlebenschancen hätten. Im Jahr 2006 haben 60 Prozent aller KMUs keinen Gewinn mehr abgeworfen.

„STEUERRERFORM BEDEUTET NICHT MINDEREINNAHMEN!“

Die KMUs sind der Motor der heimischen Wirtschaft. Über 70 Prozent sind darin beschäftigt, und über 70 Prozent der Lehrlingsausbildung wird dort getätigt. Und wenn es gelingt, die Schwarzarbeit nur um ein Drittel einzudämmen, haben Sie keine Mindereinnahmen.

ED: Kann man sagen, was sie im Falle einer Regierungsbeteiligung wirtschaftlich umsetzen würden?

STRACHE: Eine sofortige Steuerreform, und zwar mit abgeflachten Eingangssteuersätzen. Der jetzige Eingangssteuersatz von 38 Prozent ist entschieden zu hoch. Endlich eine Anpassung der Bemessungsgrundlagen, die seit 1989 nicht mehr angehoben wurden. Wir haben heute in Österreich einen Höchststeuersatz ab einem Jahreseinkommen von 51.000 Euro. In Deutschland gibt es einen Höchststeuersatz von 47, 5 Prozent, die Höchstbemessungsgrundlage liegt bei 250.000 Euro. Das heißt, man bringt bei uns permanent den Mittel-

stand um. Es ist Tatsache, dass heute nur 23 Prozent aller Erwerbstätigen 100 Prozent aller Lohnsteuern zahlen, und das ist der Mittelstand. Zweiter Schwerpunkt: Man sollte endlich die Verwaltungsreform angehen, wo Experten klar ausgerechnet haben, dass hier Potenziale zwischen 3 und 4 Milliarden Euro zu lukrieren sind. Jetzt frage ich Sie, warum hat das diese Regierung nicht gemacht? Man weiß, dass heute jeder Klein-

und Mittelbetrieb pro Mitarbeiter und pro Jahr mit 3500 Euro belastet wird, nur durch den bürokratischen Wahnsinn, den er zu vollziehen hat! Seit Jahren werden Dinge verabsäumt, z. B. die Abschaffung der Bagatell-Steuern. Wir wissen, dass der bürokratische Aufwand für deren Einhebung wesentlich mehr ausmacht, als lukriert wird, und trotzdem ist man nicht in der Lage, das abzustellen. Wir sind hier weit über dem EU-Schnitt, ebenso mit den Lohnnebenkosten, und dann reden wir davon, dass wir das dritt- oder viertreichste Land der Welt sind. Wenn man den Mittelstand umbringt, dann frage ich mich, wer künftig die Steuern zahlt, wer den Sozialstaat sicherstellt. Die Reichen, die Sozialminister Buchinger abschöpfen will, die erwischt er jedenfalls nicht. Entweder haben sie das Geld sowieso im Ausland geparkt, und ansonsten ist es in Stiftungen. Die Absurdität der SPÖ liegt ja darin, dass man im selben Atemzug mit der Erhöhung der Heizölpreise in diesem Sommer die Eingangsbesteuerung für Stiftungen von 5 auf 2,5 Prozent gesenkt hat. Das heißt, man verzichtet auf 400 Millionen Euro, wohl wissend, dass bereits jetzt das Stiftungsgesetz in Österreich sehr gut war, sonst gäbe es nicht über 3000 Stiftungen hier. Wenn uns demgegenüber Wirtschaftsexperten vorrechnen, dass eine Million Österreicher armutsgefährdet ist, dann müssen die Alarmglocken



läuten. Wir haben also Eckpunkte bestimmt, ohne die eine Regierungs-beteiligung nicht infrage kommt: Stärkung des Mittelstandes und damit einhergehend eine sofortige Steuer-reduzierung: Verflachung des Ein-stiegssteuersatzes, Anhebung der Be-messungsgrund-lage, um die kalte

„MITTELSTAND ZAHLT ALLE LOHNSTEUERN!“

Progression endlich in den Griff zu bekommen.

ED: Für 2008/2009 sehen Experten wirtschaftlich bestenfalls eine Stagnation.

STRACHE: Sehe ich auch. Aber wir haben gesehen, dass Länder, die heute wirtschaftlich gut dastehen, wie Dänemark, Irland oder Niederlande aus der Hochkonjunktur wesentlich mehr gemacht haben als Österreich. Wirtschaftsexperten sagen auch, dass es, wenn man gegengesteuert, die Kaufkraft gestärkt hätte, dann wären 2006 statt 3,5 Prozent Wirtschaftswachstum 4 oder 4,5 Prozent möglich gewesen. Das nämlich haben die genannten Länder. Weil dort die Kaufkraft stimmt, die in Österreich seit Jahren zurückgeht. Wenn jetzt die Mehrwertsteuer nicht mehr mit den Einnahmen aus der Lohnsteuer mithalten kann, dann stimmt mit der Kaufkraft etwas nicht!

ED: Was sagen Sie zu Faymanns Vorschlag einer Mehrwertsteuersenkung?

STRACHE: Er ist nicht treffsicher. Unsere Forderung war: Halbierung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, Streichung der Mehrwertsteuer auf Medikamente. Wir erwarten auch, dass die Mineralölsteuererhöhung entweder temporär ausgesetzt oder überhaupt zurückgenommen wird. Das wäre, sollte eine

„DIE EU GEHT IN EINE FALSCHER RICHTUNG!“



HC Strache: Leistung muss sich wieder lohnen!

Regierungsbeteiligung verhandelt werden, einer der Hauptpunkte. Neben anderen Punkten wie z. B. Zuwanderungsstopp.

ED: Die FPÖ ist als EU-kritisch bekannt.

STRACHE: Österreich hat von der EU sicher wirtschaftlich profitiert. Nur geht die EU in eine falsche Richtung. Sie befasst sich nicht mit den bren-

nenden Themen. Wir wissen seit über zehn Jahren, dass Anfang dieses Jahrtaus-

sends die wichtigsten Fragen sein würden: Rohstoffe, Energie und damit verbunden der Klimaschutz. Statt sich damit auseinanderzusetzen, verschreibt sich die EU dem nicht finanzierbaren Erweiterungswahnsinn, baut die Bürokratisierung noch mehr aus, hat aber in Sachen Energie- und Rohstoffpolitik überhaupt nichts gemacht. Das, wofür sie ursprünglich gedacht war, erfüllt die EU heute überhaupt nicht mehr.

ED: Wir danken für das Gespräch.